

---

**1310/J XXII. GP**

---

**Eingelangt am 13.01.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Dietmar Keck, Bettina Stadlbauer  
und GenossInnen**

**an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie**

**betreffend Kostenexplosion beim Bau des sogenannten „Bindermichtunnels“ bzw.  
Einhausung der A7 im Bereich Bindermichl/Spallerhof**

Seit dem vergangenen Herbst befindet sich an der A7, der sogenannten „Mühlkreisautobahn“, im Bereich der Linzer Stadtteile Bindermichl und Spallerhof eine große, auf mehrere Jahre anberaumte Baustelle, deren Ziel eine sogenannten „Einhausung“ der Autobahn ist. Diese Baumaßnahme hat eine lange Geschichte hinter sich, mit der eine ebenso lange - auch parlamentarische - Debatte über

Zuständigkeiten, Kosten und Kostenaufteilung für dieses Bauvorhaben einhergegangen ist. Ergebnis dieser intensiven Vorlaufphase war neben dem Beschluss zum Bau auch eine prozentuale Beteiligung des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz an den Gesamtkosten der Einhausung. Gerade vor dem Hintergrund von Letzterem war davon auszugehen, dass die Umsetzung des Bauvorhabens klaglos verlaufen würde, und dass es sich insbesondere bei der Kalkulation der Kosten um eine solide, realistische, auch eventuelle unvorhergesehene Ereignisse berücksichtigende, Berechnung handelt. Heute steht fest, dass es zu einer sagenhaften Kostenexplosion kommen wird.

Einschlägigen Informationen zufolge, wird das Tunnelprojekt Mehrkosten von 41(!) Millionen Euro

verursachen, was eine Preissteigerung von mehr als 42 Prozent darstellt. Wie auch zahlreiche Medien kommentieren, entstehen aufgrund dieser Entwicklung im Bereich Bindermichl die teuersten Straßenkilometer Österreichs. Es sind dafür Summen zu zahlen, die nicht nur die Budgets der beteiligten Körperschaften belasten, sondern auch die Bevölkerung dazu veranlassen, Fragen nach dem Grund und den Verantwortlichkeiten für diese massive Verteuerung zu stellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

**Anfrage:**

1. Stimmt es, dass es beim Projekt der Einhausung der A7 im Bereich Linz, Stadtteile Bindermichl/Spallerhof zu Kostensteigerungen gegenüber den ursprünglich dafür veranschlagten Kosten kommen wird?
2. Wenn ja, seit wann sind Sie von der Kostenüberschreitung der Untertunnelung bzw. Einhausung der A7 am Knoten Bindermichl informiert?
3. Aus welchen Faktoren setzt sich die Kostenerhöhung zusammen? Verschiedenen Informationen zufolge kommt es zu einem Kostenanstieg von 97,3 Millionen Euro auf 138 Millionen Euro.
4. Wie erklären Sie, dass alleine für den Bereich Straßenbau zwischen den projektierten Kosten und den nunmehr real anfallenden Kosten eine Differenz in der Höhe von 4,078 Millionen Euro liegt?
5. Wie erklären Sie sich, dass alleine für den Bereich der Baufeldvorbereitung zwischen den projektierten Kosten und den nunmehr real anfallenden Kosten eine Differenz in der Höhe von 2,21 Millionen Euro liegt?
6. Warum hat es die ASFINAG verabsäumt, in der ersten Kostenplanung eine übliche Preisgleitung (Baubeginn bis Bauende) im Ausmaß von 5 Prozent vorzusehen? Wie hoch war die tatsächlich eingearbeitete Inflationsabgeltung?
7. Welchen Anteil hat der Bund an den Gesamtkosten für die Einhausung zu tragen?
8. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zusatzkosten für die nachträglich zu realisierende VBA Großraum Linz in Höhe von 10,9 Millionen Euro entstehen für die Vertragsparteien ASFINAG, Land Oberösterreich und Stadt Linz tatsächliche Mehrkosten von 29,2 Millionen Euro. Sind Sie bereit, die dadurch für die Stadt Linz anteilmäßig anfallenden Mehrkosten in Höhe von 2,88 Millionen Euro und die für das Land Oberösterreich

anteilmäßig anfallenden Mehrkosten in Höhe von 3,87 Millionen. Euro durch die ASFINAG zu übernehmen?

9. Halten Sie es auch für notwendig, bei einer Kostenüberschreitung im Ausmaß von über 40 Prozent den Bundesrechnungshof mit einer Überprüfung zu betrauen? Wenn nein, warum nicht?
10. Orten Sie bei der ASFINAG organisatorischen und/oder personellen Handlungsbedarf?
11. Werden Sie Maßnahmen setzen, um den entstandenen bzw. absehbaren Schaden wenigstens zu begrenzen oder zu reduzieren?
12. Wenn ja, welche?
13. Wenn nein, warum nicht?